

PRESSEMITTEILUNG

Anteil gewerblicher Neuzulassungen so hoch wie nie - Dienstwagenprivileg lenkt in die falsche Richtung

Gewerbliche Fahrzeuge machten 2014 nahezu zwei Drittel der Neuzulassungen von Pkw in Deutschland aus. Dienstwagen werden jährlich mit fast fünf Milliarden Euro steuerlich subventioniert - auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. Die Bundesregierung sollte eine ökologische und soziale Reform anstoßen, um diese Fehlanreize zu beseitigen.

Nach aktuellen Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes ist der Anteil gewerblich neu zugelassener Autos in Deutschland auch im vergangenen Jahr angestiegen. Der Anteil gewerblicher Zulassungen wächst seit Jahren und befindet sich nunmehr bei 63,8 Prozent. „Die neuen Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes zeigen, dass viele Pkw-Halterinnen und Pkw-Halter es für immer lohnenswerter halten, einen Dienstwagen anzuschaffen als einen Privatwagen zu kaufen“, kommentiert Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). „Die gegenwärtige Dienstwagenregelung stellt eine übermäßige Vergünstigung dar“.

Nach Berechnungen des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln (FiFo) und des FÖS entgehen dem Staat durch die bestehende Regelung jedes Jahr Steuereinnahmen von 4,6 Milliarden Euro. „Diese Subventionen belasten nicht nur Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sondern sind auch klimaschädlich und unsozial. Denn: Es profitieren ausgerechnet diejenigen am stärksten, die sich besonders häufig neue Autos kaufen, die sich besonders spritfressende Autos kaufen, die besonders viele Kilometer fahren und die das höchste Einkommen haben“, so Ludewig weiter.

Dienstwagenfahrer profitieren von der aktuellen Regelung: Sie zahlen für ihre Privatfahrten nur eine niedrige Pauschale, egal wie stark sie den Dienstwagen privat nutzen. Denn versteuern müssen sie nur pauschal ein Prozent des inländischen Bruttolistenpreises des Neuwagens als geldwerten Vorteil. „Wenn ich als Arbeitnehmer einen Dienstwagen gestellt bekomme, muss ich weniger Einkommen versteuern und Sozialabgaben zahlen, als wenn ich dasselbe Fahrzeug privat kaufe. Davon profitiert nur, wer einen Dienstwagen fährt - alle anderen finanzieren dieses Privileg durch ihre Steuern mit“, erklärt Alexander Mahler, Verkehrsreferent des FÖS. Für einen 29.450 Euro teuren VW Passat müsse als Dienstwagen monatlich lediglich 294,50 Euro als geldwerter Vorteil versteuert werden. Als Privatwagen koste das gleiche Auto hingegen monatlich 687,- Euro des Einkommens.

Das FÖS empfiehlt, die Besteuerung an den privat gefahrenen Kilometern und am CO₂-Ausstoß auszurichten. Autos sind für zirka 14 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich. In anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich oder Großbritannien werden Dienstwagen bereits nach ökologischen Kriterien besteuert.

*Kontakt: Martin Ruck, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
martin.ruck@foes.de, 030-7623991-41*

Weitere Informationen:

FÖS (2012): Steuerliche Behandlung von Dienst- und Firmenwagen,
www.foes.de/pdf/2012-10-Themenpapier-Dienstwagenbesteuerung.pdf

Weitere Informationen zum Thema Dienst- und Firmenwagen:

www.foes.de/themen/verkehr/dienst-und-firmenwagen/